

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Briefporto 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— M., für einen Monat 5.— M., Beleggeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — Postkassent. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
**Telegraphen-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
Telefon 13893. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4596

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 M. bei Platzvorkauf 2.30 M.; Familienanzeigen für die Zeile 1.70 M. Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Die Spindel an der Arbeit!

### Noch immer Regierungsbildung.

Berlin, 25. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Regierungskrise scheint nunmehr, wenn nicht in letzter Stunde neue Überraschungen eintreten, ihrer Lösung entgegenzugehen. Es scheint in der Tat so, als ob die Regierungsparteien darauf verzichten werden, die Frage des Vertrauensvotums für die Regierung überhaupt zu stellen. Die Sozialdemokraten werden im Hinblick auf die Verhandlungen in Spa in einer besonderen Ermäßigung feststellen, daß sie der Regierung keine Schwierigkeiten machen werden. Die Ministerliste des neuen Reichskabinetts hat vorläufig folgende Zusammensetzung: Reichskanzler: Fehrenbach (Ztr.); Justizminister und Stellvertreter des Reichskanzlers: Dr. Heineke (D. Vpl.); Reichsminister des Innern: Dr. Koch (Dem.); Reichsminister des Äußeren: Simons; Reichsfinanzminister: Dr. Wirth (Ztr.); Reichswirtschaftsminister: Dr. Scholz (D. Vpl.); Reichsminister des Reichswaldwesens: von Raumer (D. Vpl.); Reichswaldminister: Gehler (Dem.); Reichsverkehrsminister: Groener; Reichspostminister: Giesberts (Ztr.); Reichsarbeitsministerium ist noch unbekannt und wird wahrscheinlich vom Zentrum besetzt. Ebenso ist das Wiederbauministerium noch unbesetzt und bleibt wahrscheinlich der D. Vpl. vorbehalten.

In diesem Kabinett sind am interessantesten die beiden „Fachmänner“, die die Deutsche Volkspartei für das Reichswaldministerium und für das Reichswirtschaftsministerium in Vorschlag gebracht hat. Oberbürgermeister Scholz als Wirtschaftsminister ist nichts weniger als Kenner der Wirtschaft. Er ist ein guter, erfahrener Verwaltungsbeamter und seinem Studium nach Jurist, hat aber nirgends irgendwelche besondere Befähigung auf wirtschaftspolitischen Gebiet bewiesen.

Noch eigenartiger ist der Fall des Herrn von Raumer, ehemaliger Landrat und ebenfalls Jurist. Im Jahre 1911 trat er zur Industrie über und wurde Direktor des Verbandes der Privat-Elektrizitätswerke. In dieser Stellung hat er auf das entschiedenste gegen die Sozialisierung des Elektrizitätsgewerbes Front gemacht. Dieser Mann soll jetzt die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft durchführen. Während des Krieges wurde er als Referent in das frühere Reichswaldamt berufen und hat schon in jener Zeit sich gegen jede staatliche Betätigung auf dem Gebiete der Elektrizitätswirtschaft gewandt. Ferner bereitete er zwar, wie das Berliner Tageblatt mittelt, die Übernahme der Wendel-Werke in Essig-Lothringen durch eine rheinisch-westfälische Industriegruppe, gründete dann aber schnell selber ein Syndikat, an dem vor allem die Maschinenfabrik Augsburg-Münchberg und das Allgemeine Elektrizitätswerk beteiligt sind, um die Wendel-Werke diesem Konzern zuzuführen. Der damalige Reichswaldsekretär Graf Koeborn war über dieses Vorgehen des Herrn von Raumer so entsetzt, daß er dessen Rücktritt vom Amte veranlaßte. Ebenso steht es in der Stickstoff-Industrie. Während das Reich an den sogenannten Kalk-Stickstoff-Werken beteiligt ist, ist Herr von Raumer mit der Konkurrenz, mit den Badischen Stickstoff-Werken, Merck. Das Berliner Tageblatt sagt: „Es wird deshalb wohl nicht mit Unrecht gesagt, daß Herr von Raumer in einem starken Abhängigkeitsverhältnis auch zu Herrn Stinnes steht, der an der Elektrizitätsindustrie nicht wenig beteiligt ist.“ In einem großen Teil der Presse wird deshalb die Ernennung des Herrn von Raumer stark bezweifelt, so auch in der Deutschen Allgemeinen Zeitung. Auch für den Posten des Reichswirtschaftsministers werden an Stelle des Oberbürgermeisters Scholz die Namen des Abgeordneten der Deutschen Volkspartei Kremer und des Oberbürgermeisters von Wiesbaden Giesing genannt.

W. B. Berlin, 25. Juni. Während der Berliner Sozialanzeiger, die Volkszeitung und das Berliner Tageblatt die Kabinettsbildung im allgemeinen als abgeschlossen ansehen, sagt die Deutsche Allgemeine Zeitung, die Bemühungen der Parteien, die Kabinettsbildung beschleunigt zustande zu bringen, hätten bisher noch zu keinem positiven Ergebnis geführt. Die verschiedenen genannten Namen der neu in Betracht kommenden Persönlichkeiten trafen noch nicht zu. Bestzustehen scheint bisher nur, daß die demokratischen Minister Dr. Koch und Dr. Gehler in ihren Ämtern verbleiben und der Führer der Deutschen Volkspartei Heineke Reichsjustizminister und zugleich Vizekanzler werde. Alles übrige sei noch im Fluß und bisher in keiner Weise entschieden.

### Die antibolschewistische Hege geht weiter.

Berlin, 25. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Freiheit veröffentlicht heute weiteres Material über die neue antibolschewistische Hege. Sie teilt zunächst mit, daß das Aus-

wärtige Amt an den Staatskommissar Weigmann wegen seiner Beschuldigung gegen Viktor Kopp die Anfrage gerichtet hat, ob dem Staatskommissar die von den P. V. veröffentlichten Mitteilungen bekannt gewesen sind und ob er sie veranlaßt hat, und zweitens, ob er dabei berücksichtigt habe, daß es sich bei der Persönlichkeit des Herrn Kopp um den amtlichen Vertreter der Sowjetregierung in Moskau handelt. — Weiter erzählt die Freiheit folgendes:

„Die Pressestelle des Reichswaldministers hat gestern dem amerikanischen Korrespondenten Viktor Brown eine Information zur Frage der Entwaffnung Deutschlands gegeben, worin sie die Aufrechterhaltung des 200 000-Mann-Heeres damit begründet, daß neue kommunistische Unruhen in Deutschland bevorstehen. In Thüringen und im Ruhrgebiet drohe noch immer der kommunistische Aufstand. Ja, der Bericht verweist sich zu der Behauptung, daß in Mitteldeutschland in der Gegend von Berlin und in Pommeren große Truppenverbände der Roten Armee, die bis zu 20 Kompanien Stärke haben sollen, sich konzentrieren und militärische Übungen veranstalten.“ Die Freiheit sagt weiter: „Dieser neue Skandal reiht sich würdig an die bisher bekannt gewordenen Vorgänge an. Die Pressestelle des Reichswaldministers scheut sich also nicht, die sinnlose antibolschewistische Hege auch ins Ausland zu tragen und damit den deutschen Kredit leistungswirksam gerade in den vereinigten Staaten zu untergraben. Es wird höchste Zeit, daß mit diesem Treiben ein Ende gemacht wird.“

### Pulsnachrichten der Reaktionen.

Berlin, 25. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Auch der Bayerische Kurier veröffentlicht heute Spindelnachrichten über angebliche geheime kommunistische und unabhängige Unterlebe in München. Die Berliner Presse gibt zum Teil die Spindelnachrichten des Bayerischen Kuriers wieder. Das Berliner Tageblatt bemerkt allerdings: „Wir müssen die Verantwortung für diese Mitteilung natürlich dem Bayerischen Kurier, dem führenden Organ der Deutschen Volkspartei, überlassen.“ Die Freiheit bemerkt zu diesen Berichten: „Wir können gegenüber diesen Veröffentlichungen des Bayerischen Kuriers mit aller Bestimmtheit erklären, daß es sich hier um die Produkte bezahlter Spindel handelt. Da wir gerade über die Münchner Verhältnisse gut orientiert sind und zahlreiches und wertvolles Material besitzen, ist es unnötig, zu sagen, daß in unserer Partei niemand daran denkt, politische Machtverhältnisse durch gewalttätige Putsch- oder Sabotage-Abzweigungen zu ändern. Es verhält sich aber bei diesen täglich wiederkehrenden Sensationsberichten der Spindelzentrale der Eindringlinge, die Reaktionen aller Schattierungen mit wahrer Anbrunst den Tag herbeischnellen, an dem die Arbeiterklasse sich zu Anbroselungen hinreißen läßt. Das deutsche Proletariat macht die Hoffnungen der Reaktionen zuschanden. Es wird sich weder durch Spindel noch durch sonstige Provokationen vor die Maschinen-gewehre der Soldaten treiben lassen.“

Auch aus Dresden werden dem Berliner Tageblatt neue Spindelberichte über einen bevorstehenden kommunistischen Umsturzplan mitgeteilt.

### Der Boykott gegen Ungarn.

Berlin, 25. Juni. (L. V.) Der Freiheit wird aus Budapest gemeldet: Die Abfertigung Ungarns ist fast vollständig, sogar Schmutzgelb ist unmöglich. Eine Abordnung der Budapestener Banken und Industriellen hat von der Regierung Verhandlungen mit dem internationalen Gewerkschaftsbund verlangt, da die industrielle Tätigkeit stark zurückgeworfen wird. Die Industriellen haben die Vermittlung der ungarischen Sozialdemokraten angezufen.

### Die englische Arbeiterpartei über den Friedensvertrag.

Die Jahresversammlung der englischen Arbeiterpartei in Scarborough nahm eine Entschließung an, die besagt, die Friedensbedingungen händen mit den Kriegszielen in Widerspruch. Ferner wird in der Entschließung die Anerkennung der gegenwärtigen russischen Regierung, die Wiederherstellung der Handelsbeziehungen mit Rußland und das Unterlassen jeglicher Hilfe an die antibolschewistischen Mächte gefordert. Des weiteren wird der waise Scheiden in Ungarn scharf verurteilt und erklärt, daß die wirtschaftliche Wiederherstellung Mitteleuropas für den Frieden und die Ruhe der Welt notwendig sei.

### Eine Sozialisierungs-Kommission in Schweden.

Die sozialistische schwedische Regierung hat jetzt die schon früher angekündigte Sozialisierungskommission berufen. Die Kommission ist mit besonderen amtlichen Befugnissen ausgerüstet. Der Vorsitzende ist der sozialistische Minister Sandberg. Es wurden ferner zwei Kommissionen für die Prüfung der Frage der wirtschaftlichen Demokratie und der vorläufigen Gesetzgebung für die Gründung von Syndikaten und andern monopolartigen Zusammenhängen berufen.

### Kohlenversorgung.

B. A. Die Frage nach der ausreichenden Kohlenversorgung steht im Mittelpunkt aller Erwägungen, die sich mit der zukünftigen Gestaltung des wirtschaftlichen Lebens, mit dem Wiederaufbau der Güterproduktion und den eng damit verknüpften Transportverhältnissen beschäftigen. Bekanntlich liegt die Kohlenförderung aller europäischen Länder sehr im argen und der Friedensvertrag hebt die Bedeutung dieses wichtigen Produkts anschaulich hervor, wenn er die Wiedergutmachungsschuld mit der umfangreichen Lieferung von Kohlen an Frankreich, Belgien und Italien aufs engste verknüpft und diese Entschädigung durchaus in den Vordergrund stellt. Die Verpflichtungen, die uns durch den Versailles-Frieden auferlegt worden sind, sehen eine jährliche Lieferung von etwa 40 Millionen Tonnen Kohle auf die Dauer von zehn Jahren vor. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß dieses große Quantum aus den bei Deutschland verbliebenen Kohlenrevieren geliefert werden muß, daß also die beträchtlichen Fördermengen des Saarreviers und der Pflaß, die zunächst in französisches Eigentum überführt werden mußten, außer Absatz bleiben. Die Saarbrücker Staatsgruben hatten z. B. 1913 eine Produktion von über 12 Millionen Tonnen Steinkohlen aufzuweisen bei einer damaligen deutschen Gesamtförderung von 191 1/2 Millionen Tonnen Steinkohlen.

Die Vorbefastung unserer Kohlenversorgung durch den Friedensvertrag fällt demnach außerordentlich schwer ins Gewicht und es ist kaum denkbar, daß wir in der Lage sein werden, diesen Verpflichtungen nachzukommen, wenn wir nur einigermaßen unsere Industriewirtschaft wieder aufleben und uns ein gewisses Mindestquantum für Exportzwecke an die wichtigsten Abnehmerstaaten — Holland, Schweiz — sichern wollen. Diese kohlenarmen Länder, die im Frieden zum großen Teil von Deutschland versorgt worden sind, knüpfen Kreditbewilligungen und Lebensmittellieferungen stets an die Forderung einer Kohlenbelieferung von unserer Seite. Unter diesen Umständen wird die in kurzer Zeit erfolgende Abstimmung in Oberschlesien für uns zu einer der einschneidendsten Fragen und es wird von dem Ausfall dieses wesentlichen Entwicklung Deutschlands verläßt. Oberschlesien hat 1913 fast 44 Millionen Tonnen Steinkohlen gefördert, also fast 1/4 der gesamten deutschen Erzeugung. Es hat aber außerdem über 1 Million Tonnen Eisen geliefert und der Verlust dieser Produktionsziffer würde um so schwerer wiegen, als wir durch den Friedensvertrag die umfangreiche Kohleerzeugung Lothringens und Luxemburgs vollständig verloren haben, aber in Zukunft auch die Produktion der Pflaß und des Saarreviers in immer stärkerem Maße nach Westen gehen dürfte. Um welche Mengen es sich dabei handelt, kann man aus der Angabe ersehen, daß im letzten Friedensjahre von einer gesamten Kohleerzeugung in Deutschland, die sich auf 19 1/2 Millionen Tonnen belief, Lothringen fast 4 Millionen, Luxemburg 2 1/2 Millionen, Saargebiet und Rheinpfalz annähernd 1 1/2 Millionen Tonnen stellten. — Zwei Drittel der deutschen Innproduktion, über 40 000 Tonnen Blei und Bleiglatte sowie 11 000 Kilogramm Silber werden von Oberschlesien geliefert.

Die deutsche Kohlenversorgung ist im Jahre 1919 verhältnismäßig sehr gering gewesen und das ganze Volk hat diesen Mangel überall deutlich gespürt. Nicht nur die dadurch bedingte Stilllegung zahlreicher Fabriken während vieler Monate, die Einschränkung des Zugverkehrs und der Gasversorgung haben sich als einschneidende Maßnahmen schwer fühlbar gemacht, sondern auch die mangelnde Versorgung mit Hausbrand und vor allem die mit der geminderten Erzeugung und andern Faktoren begründeten ständigen Erhöhungen der Kohlenpreise, die in stärkstem Maße das Preisniveau innerhalb der gesamten Wirtschaft bestimmten. Während in den vier Kriegsjahren die Notierung für Fettkohle Ruhr I von 12.50 die Tonne auf 28.20 M. gestiegen war, sind im Jahre 1919 Steigerungen bis 117.20 M. am 1. Januar 1920 vorgenommen worden, denen in den ersten Monaten dieses Jahres weitere bedeutende Erhöhungen folgten, so daß die offizielle Festsetzung am 1. April 1920 bereits 227 M. pro Tonne lautete.

In der Deffenlichkeit sind diese maßlosen Verteuerungen stets mit den Lohnforderungen der Belegschaften, den erhöhten Generalkosten und den hohen Materialpreisen begründet worden. Wie wenig berechtigt diese Darstellung ist, geht klar genug daraus hervor, daß bei der letzten Erhöhung um 20 M. die Mehrzahl nur etwa 6 M. die Tonne betragen und der Abgeordnete